



Anfrage Nr. V/F 749 vom 4.1.2013
an den Oberbürgermeister
zur Ratsversammlung am 23.1.2013

Eingangsvermerk
Büro für Ratsangelegenheiten

Posteingangsnummer

Datum

Die Anfrage stellt



Unterschrift

Ausstellung „In guter Verfassung“ des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV)

Anfrage

Vom 30.11.2012 bis 19.12.2012 wurde im Neuen Rathaus die Ausstellung „In guter Verfassung“ des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen gezeigt. Dagegen regten sich Proteste. Sowohl am Tag der Eröffnung protestierten Menschen vor dem Rathaus gegen die Institution Verfassungsschutz und dessen Rolle u. a. in Sachen rassistischer Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes als auch während einer Podiumsdiskussion am 4.12. gegen die zunehmende Einflussnahme des Verfassungsschutzes im Bereich der politischen Bildung.

Wir fragen in diesem Zusammenhang:

1. Wer hat das Zeigen der Ausstellung im Neuen Rathaus aus welchen Gründen beauftragt?
2. Was waren die Ziele des Zeigens der Ausstellung?
3. Welche Verwaltungseinheit hat diese Ziele formuliert? In welchen Gremien wurde darüber diskutiert? Gab es zur Ausstellung des LfV Sachsen kritische oder ablehnende Haltungen der ExpertInnen in der Stadtverwaltung? Falls ja: Wie war diese Kritik ausformuliert?
4. Verschiedene politische Akteure wie z. B. die Leipziger Jusos, die Grünen oder der Verein Engagierte Wissenschaft e. V. forderten die vorzeitige Beendigung der Ausstellung im Neuen Rathaus. Wie ist die Verwaltung mit diesen Forderungen umgegangen? Wurde auf die Forderungen eingegangen? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie verhält sich die Stadt Leipzig zum inhaltlichen Anliegen der Ausstellung, in der unter anderem Zitate des Nationalsozialisten Joseph Goebbels, der NPD und des Conne Island Newsflyers als „extremistisch“ auf eine Stufe gestellt werden?
6. Wie will die Verwaltung weiter mit den im Zusammenhang mit der Ausstellung zutage getretenen kontroversen Auffassungen umgehen?